

Antrag Nr. 13-O-12-0034

SPD- und CDU-Fraktion, Fraktion DIE LINKE

Betreff:

Betreuungssituation der Grundschul Kinder in Erbenheim (SPD/CDU/LINKE)

Antragstext:

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von SPD, CDU und DIE LINKE:

1. Der Ortsbeirat nimmt den Schriftsatz der Elterninitiative (verantwortl.: Frau Marion Stiedel, Erbenheim) zur Kenntnis, die sich über einen eklatanten Mangel an Betreuungsplätzen beklagt.

Wir fühlen uns damit in unserem Beschluss Nr. 0069 vom 15.10.2012 bestätigt, in dem wir bereits nachdrücklich auf den zu erwartenden Fehlbedarf von mindestens 90 Betreuungsplätzen hingewiesen und um rechtzeitige Abhilfe gebeten haben.

2. Weiterhin verweist der Ortsbeirat auf die Stellungnahme des Schuldezernates vom 06.12.2012, in der ein dringender Bedarf an weiteren Betreuungsplätzen eingeräumt wird, bauliche Maßnahmen sowie weitere Gespräche und die Einbeziehung „aller Akteure vor Ort“ angekündigt werden. Dabei sollten auch vorhandene Synergien konzeptionell diskutiert und abgestimmt werden.
3. Mit dieser Verfahrensweise sind wir grundsätzlich einverstanden., halten es aber für dringend geboten, diesen längst überfälligen Termin für einen „Runden Tisch“ jetzt kurzfristig festzulegen, damit noch rechtzeitig vor Beginn des Schuljahres 2013/14 klare Verhältnisse für die betroffenen Eltern und Kinder bestehen.

Begründung:

Die von den Eltern und dem OBR geschilderte Situation ist nicht urplötzlich entstanden, sondern allen Beteiligten seit langem bekannt. Der OBR hatte bereits mit seinem Beschluss Nr. 0060 vom 24.08.2010 zur Finanzierung einer zusätzlichen Halbtagsstelle **einmalig** und **befristet** auf 2 Jahre einen Zuschuss von jährlich 25.000 EURO (insgesamt 50.000 EURO) zur Verfügung gestellt. Mit dieser Entscheidung war die Erwartung verbunden, dass die Stadt in diesem Zeitraum zusätzliche Betreuungsplätze schafft und danach ihrer originären Verpflichtung alleine nachkommt, für ausreichende Betreuungsplätze zu sorgen.

Offensichtlich wurde jedoch keiner dieser beiden Punkte erfüllt. Nach der uns vorliegenden amtlichen Statistik über die Betreuungssituation an der Justus-von-Liebig-Schule liegt die Zahl der von der Betreuenden Grundschule (BGS) seit 2009/10 angebotenen Betreuungsplätze - trotz der zusätzlichen Mittel des Ortsbeirates ab 2010 - fast unverändert bei 70. Weshalb jetzt von der BGS ab 2013/14 nur noch 54 (36 Ganztags- und 18 Halbtagsplätze) angeboten werden, ist jedenfalls mit dem Wegfall der OBR-Mittel nicht zu erklären.

Hinzu kommt außerdem die Tatsache, dass für die früher kostenfreien BGS-Betreuungsplätze zumindest bei den Ganztagsstellen inzwischen jeweils 160,- € zu zahlen sind, so dass die finanzielle Netto-Belastung bei den BGS-Betreuungsplätzen deutlich niedriger ist als bisher dargestellt. In der logischen Konsequenz bedeutet dies für uns, dass (unabhängig von OBR-Mitteln) nicht weniger, sondern mehr Betreuungsplätze möglich sein müssten.

Erfreulich ist für uns allein die Bereitschaftserklärung des Eltern- und Fördervereins, ab 2013/14 die Zahl der Betreuungsplätze in seinem Bereich deutlich aufzustocken. Allerdings stößt der Verein inzwischen auf räumliche Kapazitätsgrenzen. Hier müssten die vom Schuldezernat

Antrag Nr. 13-O-12-0034 SPD- und CDU-Fraktion, Fraktion DIE LINKE

angesprochenen Synergien und die beabsichtigten Baumaßnahmen konkretisiert und Lösungen aufgezeigt werden.

Abschließend legen wir besonderen Wert auf die Feststellung, dass wir keinerlei Interesse daran haben, einen Träger von Betreuungsplätzen gegen den anderen auszuspielen. Wir setzen nach wie vor auf die Chancen einer guten Kooperation, die zumindest „vor Ort“ auch zu funktionieren scheint. Allerdings haben wir den Eindruck, dass auf der „Führungsebene“ der beiden zuständigen Dezernate / Ämter eine deutlichere Weichenstellung erfolgen müsste, die sich stärker an den Interessen der betroffenen Eltern und Kindern orientiert.

Reinhold
SPD-Fraktion

Auth
CDU-Fraktion

Marek
Fraktion DIE LINKE

Wiesbaden, 15.05.2013